

Berufsvorbereitung...

Fortsetzung von Seite 13

Kultusminister Jürgen Girsensohn (SPD) übte heftige Kritik an den Aussagen der CDU: „Ich weise den Vorwurf entschieden zurück, in der Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe handle es sich um Technokratie und nicht um Inhalte. Gerade wegen der Inhalte und wegen der Vertiefung und Erweiterung der Inhalte halte ich die Form der neugestalteten gymnasialen Oberstufe für eine gute Entwicklung in unserem Bildungssystem.“ Die Studierfähigkeit der Abiturienten werde keineswegs dadurch verbessert, daß man eine Vielzahl von zweistündigen Pflichtfächern in der Oberstufe anbietet. „Dann haben wir doch dasselbe System des Fächerkanons wieder, das wir gerade überwunden haben.“ Die von der Westdeutschen Rektorenkonferenz behaupteten negativen Erfahrungen mit Schülern der neugestalteten Oberstufe seien gar nicht nachweisbar. Der erste Jahrgang verlasse jetzt erst die Schule.

„Keine Vereinfachung“

Bernd Feldhaus (SPD) nannte die Kritik der Opposition „ein Musterbeispiel dafür, wie man praktische Probleme hochstilisieren kann“. Die Ursachen für die tatsächlich vorhandenen Defekte in der gymnasialen Oberstufe, die im Numerus clausus begründet seien, würden von der CDU mit keinem einzigen Wort erwähnt. Die geforderte Vereinfachung der Organisation sei nicht machbar. „Wenn wir das Kursystem zwecks Individualisierung wollen, müssen wir zwangsläufig eine komplizierte Organisation in Kauf nehmen. Das geht nicht anders.“ Auch das Anliegen, Pflichtbindungen zu Lasten der Wahlbereiche auszuweiten, lehne seine Fraktion ab. Im Hinblick auf die bis auf wenige Punkte beschlossene Vereinbarung der Kultusministerkonferenz zur Reform der gymnasialen Oberstufe befände sich die nordrhein-westfälische CDU in einer bildungspolitischen Isolierung.

Jürgen Hinrichs (F.D.P.) hielt der Opposition vor, sie habe den Streit um die Oberstufenreform zum politischen Schauspiel gemacht. Während die CDU die gymnasiale Oberstufe in der letzten Legislaturperiode noch gefordert habe, „votiert sie jetzt genau andersherum“. Selbst bei den Ausschüßberatungen habe die Opposition noch einer Expertenanalyse zur Oberstufenreform zugestimmt. Die CDU müsse erkennen, daß „in keinem Bundesland daran gedacht wird, die Reform der gymnasialen Oberstufe zurückzunehmen oder auch nur zeitweise auszusetzen. Es wird auch nicht daran gedacht, sie zu befristen“. Ausdrücklich begrüßte Hinrichs den Beschluß des Ausschusses für Schule und Kultur, die Rechtsverordnung des Kultusministers zur gymnasialen Oberstufe an die Zustimmung des Ausschusses zu binden. Seine Fraktion habe für diese noch zu verabschiedende Rechtsverordnung einen Katalog von zehn Punkten vorgelegt, der Inhalt, Gehalt und Organisation der Oberstufe umreißt.

Porträt der Woche



Rolf Klein (CDU)

Seine Jungferrede hielt er schon kurz nach dem Einzug in das Parlament; seitdem tritt er immer häufiger ans Rednerpult, legt rhetorisch geschliffen die Alternativen der Opposition zur Regierungspolitik dar und attackiert mit Sachverstand und Geschick seine politischen Gegner. Der erst 34jährige CDU-Abgeordnete Rolf Klein aus Münster hat sich innerhalb von zwei Jahren ungewöhnlich schnell zu einem gewichtigen Sprecher seiner Fraktion profiliert. Der scharfe Verstand des Rechtsanwalts und die Gründlichkeit des Münsterländers dürften ihm dabei von Nutzen gewesen sein.

Mit der Politik kam Klein bereits während der Studienzeit in Berührung. Als Mitglied des Rings Christlich Demokratischer Studenten avancierte er bis zum Präsidenten des Studentenparlamentes der Universität Münster und war anschließend deren Asta-Referent. Seit 1968 gehört der gebürtige Münsteraner dem CDU-Kreisvorstand an und war mehrere Jahre dessen stellvertretender Vorsitzender. Als Klein 1975 in den Rat seiner Heimatstadt nachrückte, entschied er sich bald darauf für den Landtag als seine einzige parlamentarische Wirkungsstätte. Als praktizierender Rechtsanwalt in Zivilsachen lebt er ohnehin im „Dauerkompromiß“ zwischen den Anforderungen des Berufs und des Parlaments. „Selbständigkeit macht aber unabhängig.“

Im Landtag widmet sich der Jurist vor allem der inneren Sicherheit und den damit verbundenen Rechtsfragen. Sein Interesse gilt in diesem Zusammenhang auch der Polizei, ihrer Ausstattung wie ihren Problemen; Fragen also, die zur Zeit im Brennpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit stehen. Die Fraktion berief ihn in den Innen- und den Justizausschuß sowie als Stellvertreter in den Ausschüß für Jugend, Familie und politische Bildung. Außerdem ist der junge CDU-Abgeordnete stellvertretender Vorsitzender des kürzlich gegründeten Untersuchungsausschusses zur Durchleuchtung der Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft.

Der Jurist Klein möchte bei der Gesetzgebung einen stärkeren Einfluß des Parlaments gegenüber der Ministerialbürokratie. Jedes Gesetz müsse auch für

den Bürger verständlich sein, „damit er es auch befolgen kann“. Das sei die Grundlage für eine „positive Staatseinstellung“. Der Bürger werde dann auch anerkennen, daß jede Gewalt, „die nicht durch die Autorität des Staates gedeckt ist“, abzulehnen sei, meint Klein im Hinblick auf die Terroristszene. „Ein Bankräuber wird doch nicht zum Edelkriminellen, wenn er die Tat mit politischen Motiven begründet.“

Zwei Jahre Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtages. In einer Zwischenbilanz bedauert der Münsteraner, daß „wir zu wenig auf die Argumente der anderen hören“, der gegenseitige Meinungs-austausch sei unter den Abgeordneten viel schwächer, als er es erwartet habe. Als Nachteil empfindet es der Parlamentarier auch, daß der Landtag des größten Bundeslandes nur begrenzt in der Öffentlichkeit darstellbar sei. Die derzeit unzureichenden räumlichen Verhältnisse ließen es kaum zu, mehr Bürger mit dem Parlament bekanntzumachen. So unterstützt Klein auch das Bauvorhaben des Landtags. Positiv beurteilt er die großen Informationsmöglichkeiten jedes einzelnen Abgeordneten und lobt seine Fraktion, die ihren Mitgliedern, die Chance zu eigenständiger Arbeit gebe.

Der Münsteraner, der freimütig eingesteht, an der Politik inzwischen „Geschmack“ gefunden zu haben, ist auch im Landesvorstand der CDU-Sozialausschüsse von Westfalen-Lippe tätig und gehört deren Bundesschiedsgericht an. Ein großes wie vielfältiges Aktionsfeld bietet sich also dem jungen Politiker.

Jochen Jurettko